



Schuldner- / Insolvenzberatung geeignete Stelle gemäß § 305 InsO

Information zur Verarbeitung personenbezogener Daten gemäß Art. 13 Datenschutz - Grundverordnung (DSGVO)

Datenverarbeitung

Unter Datenverarbeitung versteht man Vorgänge wie das Erheben, das Erfassen, die Organisation, das Ordnen, die Speicherung, die Anpassung oder Veränderung, das Auslesen, das Abfragen, die Verwendung, die Offenlegung durch Übermittlung, Verbreitung oder eine andere Form oder Bereitstellung, den Abgleich oder die Verknüpfung, die Einschränkung, das Löschen oder die Vernichtung personenbezogener Daten.

Zweck der Datenverarbeitung und Empfänger

Zweck der Datenverarbeitung ist die Durchführung von Schuldner- und Insolvenzberatung. Diese umfasst insbesondere die Erfassung und Stabilisierung der persönlichen und finanziellen Verhältnisse, die Sicherung der Existenzgrundlage, die außergerichtliche Rückführung der Verbindlichkeiten, die Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung eines Verbraucherinsolvenzverfahrens. Die Bereitstellung der Daten ist für eine Schuldner- und Insolvenzberatung erforderlich, ohne entsprechende Daten ist einer Beratung nicht möglich.

Es wird mit Gläubiger*innen schriftlich und / oder telefonisch Kontakt aufgenommen. Des Weiteren kann es in diesem Rahmen notwendig sein, mit weiteren Beteiligten (z.B. Gerichten, Insolvenzverwaltern, Sozialleistungsträgern, Kreditinstituten) Kontakt aufzunehmen.

Im Rahmen von Vergleichsverhandlungen bzw. Stundungsersuchen werden den Gläubigern, sowie weiteren Beteiligten, Informationen über die persönliche und wirtschaftliche Situation der betroffenen Person mitgeteilt. Es werden grundsätzlich nur die Daten verarbeitet, die für den o.g. Zweck erforderlich sind. Die Datenweitergabe wird vorab mit der betroffenen Person abgestimmt.

Die Beratungsakte enthält eine Liste der benannten Gläubiger*innen. Wenn und soweit weitere Gläubiger*innen während der Beratung hinzukommen, wird diese entsprechend ergänzt. Eine Kontaktaufnahme mit weiteren Beteiligten wird vorab abgestimmt, die jeweiligen Beteiligten werden in der Akte vermerkt.

Eine Weitergabe (Übermittlung) anvertrauter oder gespeicherter personenbezogener Daten bedarf immer einer Einwilligung, sofern nicht eine Rechtsvorschrift die Übermittlung zulässt oder vorschreibt oder sofern die Daten für die Übermittlung anonymisiert wurden. Für statistische Zwecke werden immer anonymisierte Daten verwendet werden.

Datenkategorien

Es werden Daten über die persönliche und wirtschaftliche Situation gespeichert. Das sind u. a. Namen, Kontaktdaten, Nationalität, Familien-, Haushalts- Lebens- und Wohnsituation, Unterhaltsverpflichtungen, Kontodaten, Einkommens- und Erwerbssituation aktuell und auf die Zukunft gerichtet, Verschuldungshistorie, Verschuldungsdaten, bei Notwendigkeit auch Informationen zur Gesundheitssituation (Artikel 9 DSGVO).



Rechte

Die Daten sind jederzeit nach Absprache in der Beratungsstelle einsehbar. Es besteht das Recht auf Berichtigung unrichtiger Daten bzw. auf Einschränkung der Nutzung der Daten, sofern diese für die Schuldenregulierung nicht notwendig sind. Es kann jederzeit verlangt werden, dass die Daten gelöscht werden, sofern dies mit den gesetzlichen und vertraglichen Löscho- und Aufbewahrungsfristen vereinbar ist. Bei Beendigung der Beratung (z.B. Verzug aus der Zuständigkeit der Beratungsstelle) kann verlangt werden, dass die Daten zur Verfügung gestellt werden.

Sollte ein Verstoß gegen die ordnungsgemäße Verarbeitung der personenbezogenen Daten vorliegen, besteht das Recht eine Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde einzureichen. ULD – unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz, Holstenstraße 98, 24103 Kiel, Telefon: 0431 / 9881200

Verantwortlichkeit für die Datenverarbeitung

Gemeinschaftszentrum Sönke-Nissen-Park Stiftung
Schuldner- /Insolvenzberatung
Möllner Landstraße 53
21509 Glinde
Telefon: 040 / 710 004 23

Bei Datenschutzfragen besteht die Möglichkeit sich jederzeit an den Datenschutzbeauftragten der Stiftung zu wenden. E-Mail: datenschutz@gutshaus-glinde.de

Speicherung der Daten

Die Beratungsstelle löscht bzw. vernichtet die Daten, sobald sie für Beratungs-, Dokumentations-, Nachweiszwecke (gemäß Förderrichtlinie des Landes Schleswig-Holstein und Vertrag mit dem Kreis Stormarn) und möglicher Haftungsausschlüsse nicht mehr erforderlich sind. Die bei der o. g. Beratungsstelle geführten Unterlagen werden max. zehn Jahre nach Abschluss der Beratung vernichtet werden. Dies betrifft auch Unterlagen, die der o. g. Beratungsstelle im Original überlassen habe, sofern diese nicht zuvor zurückverlangt wurden.

Rechtsgrundlage

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer Daten ist die DSGVO (insbesondere Artikel 6 Absatz 1 a, b, f und Artikel 9 Absatz 2, a). Weitere Grundlagen sind das Bundesdatenschutzgesetz, die Förderrichtlinie des Landes Schleswig-Holstein für geeignete Stellen gem. § 305 InsO sowie das Bundesstatistikgesetz.